

Haushaltsrede der CDU-Gemeinderatsfraktion 2018

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Matt-Heidecker, sehr geehrte Herren Bürgermeister Riemer und Wörner, liebe Mitglieder des Gemeinderats, liebe Zuhörer,

seit dem Beginn der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sind mittlerweile zehn Jahre vergangen. Dem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2009 um mehr als fünf Prozent folgte ein rasch einsetzender Aufschwung, der seit mittlerweile neun Jahren anhält. Während die Wirtschaft in den Jahren 2009-2017 um rund 18% wuchs, betrug das Wachstum bei den Steuereinnahmen im gleichen Zeitraum mehr als 40%. Folglich nimmt der Staat einen immer größer werdenden Anteil der wirtschaftlichen Leistung des Landes für sich in Anspruch.

Die gute Lage der öffentlichen Finanzen macht sich auch in der Stadt Kirchheim bemerkbar: Die Steuereinnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, sprudeln, und die noch vor einigen Jahren befürchteten Defizite und der Anstieg der Verschuldung traten nicht ein. Im Gegenteil, der Stadt wird es gelingen, bis Ende des Haushaltsjahres 2019 ihre Schulden ganz abzubauen, und im Ergebnishaushalt einen Überschuss zu erwirtschaften.

Diese gute Einnahmenlage darf uns jedoch nicht dazu verleiten, übermütig bei den Ausgaben zu werden, denn wir sollten uns klar machen, woher dieser seit neun Jahren währende Aufschwung rührt:

- Die Staatsschuldenkrise in Europa und die dadurch veranlasste Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank erlaubte es Staaten sowie Privathaushalten und Unternehmen, sich günstig zu verschulden. Das viele billige Geld sorgte insbesondere im Immobiliensektor für einen enormen Preisanstieg und verhalf vor allem der Bauwirtschaft zu einer seit Jahren anhaltenden Blüte.
- Die niedrigen Zinsen machten Geldanlagen in Europa wenig attraktiv, so dass der Wechselkurs des Euros im Vergleich zu anderen Währungen wie dem US-Dollar und dem Schweizer Franken zurückging. Dies verhalf der exportorientierten Wirtschaft Deutschlands zu einem

starken Aufschwung, der sich in den oftmals kritisierten Exportüberschüssen bemerkbar machte.

- Zuletzt waren auch die Rohstoffpreise, insbesondere beim Rohöl, in den letzten Jahren sehr niedrig und unterstützten den wirtschaftlichen Aufschwung.

Der Blick auf die Preistafeln an den Tankstellen zeigt, dass es mit den niedrigen Ölpreisen erst einmal vorbei ist, und nach Einschätzung von Experten werden wir die niedrigen Preise so schnell auch nicht wieder sehen.

In den USA wurde durch die dortige Federal Reserve bereits vor zwei Jahren die Zinswende eingeleitet, und es ist damit zu rechnen, dass auch die Europäische Zentralbank im nächsten Jahr eine Wende bei ihrer bislang ultralockeren Geldpolitik vornimmt.

Die günstigen äußeren Faktoren, die bislang die wirtschaftliche Lage und das Wachstum bei den Staatseinnahmen bestimmten, werden also in den nächsten Jahren nach und nach abgebaut werden, und es gilt, die noch gute Einnahmensituation für die richtigen Investitionen in die Zukunft zu nutzen. Für Übermut bei den Ausgaben, insbesondere bei Konsumausgaben, besteht kein Anlass. Gerade in wirtschaftlich guten Zeiten besteht die Tendenz, sich mit dauerhaften Ausgaben Spielräume in der Zukunft zu verbauen, wenn die Einnahmen nicht mehr so sprudeln wie bislang. Diese Fehler sind dann nur unter großen Schwierigkeiten wieder zu beheben.

Gerade deshalb ist es notwendig, weiterzudenken für ein lebenswertes Kirchheim!

Bei diesem Weiterdenken sollten aus unserer Sicht folgende Grundsätze einbezogen werden:

1.) Ganzheitlichkeit von Maßnahmen

Wenn ein Projekt angegangen wird, dann sollten verschiedene Abhängigkeiten und Wechselwirkungen mit berücksichtigt werden. Ganzheitlichkeit bedeutet für uns also, anzugehende Projekte nicht isoliert zu betrachten, sondern diese in einem Gesamtzusammenhang wahrzunehmen. So sollten bei der Neukonzeption der Verwaltungsgebäude sämtliche Objekte in der Innenstadt, die der Stadt gehören, mit einbezogen werden. Auch Immobilien in der Kirchheimer Innenstadt, bei denen Leerstände herrschen, wie das Teckcenter oder das Gebäude in der Marktstraße 1 sollten bei einem Gesamtkonzept berücksichtigt werden. Könnte man beispielsweise den Ratssaal in das Kornhaus integrieren? Könnte die Stadtverwaltung im Otto-Ficker-Areal oder in einem neu konzipierten Teckcenter auch funktionieren? Die Sanierung des Technischen Zentrums und die Neukonzeption des Baubetriebsamtes sind Beispiele, wie es nicht laufen sollte: Hier wurde

trotz unserer Forderungen auf einen ganzheitlichen Ansatz verzichtet, obwohl sowohl bei der Feuerwehr, beim THW und beim Baubetriebsamt Veränderungsbedarf bestanden hat, und die Chance auf eine Neuordnung des Areals bestand.

Auch bei dem in Zukunft anzugehenden Projekt Hallenbad sprechen wir uns für eine langfristige Planung und eine Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen aus!

Ähnliches könnte auch für eine multifunktionale Halle gelten, die bei einer interkommunalen Kraftanstrengung eher stemmbar wäre, und die auch Strahlkraft in die Region entfalten könnte.

2.) Top-Down-Ansatz bei Investitionen

Nicht die Planer mit ihren Ideen bestimmen, wie viel ein Projekt kosten soll, und der Gemeinderat befindet sich dann in der undankbaren Aufgabe, Dinge zu kürzen und zu streichen. Vielmehr sollte der Gemeinderat festlegen, was ein Vorhaben kosten darf, und die Planer sollen ihre Ideen einbringen, um aus diesem Budget das bestmögliche Projekt zu entwickeln. Ein positives Beispiel hierfür ist die Deckelung der Sanierungskosten im Kornhaus auf 5 Mio. Euro.

3.) Vollständigkeit von Planungen

Was wir machen, das sollten wir richtig und vollständig machen, und kein Stückwerk!

Beim bereits erwähnten Technischen Zentrum wurde bereits mit der Sanierung des Dachgeschosses über den Fahrzeughallen begonnen, obwohl noch keine aufeinander abgestimmte Gesamtplanung für das Objekt vorliegt, die verschiedene Anforderungen der Nutzer einbezieht. Bislang scheint es eine abschnittsweise Fortschreibung des Status Quo zu geben. Wir beantragen deshalb die Vorlage einer Gesamtplanung für das Technische Zentrum und deren Umsetzung bis Ende 2020.

4.) Erst Planen, dann zeitnah umsetzen

Wir planen erst gründlich, und wenn ein schlüssiges Konzept vorliegt, gehen wir in die Umsetzung, und diese Umsetzung sollte zügig erfolgen.

Wir wollen nicht, dass es in der Stadt Dauerbaustellen gibt, mit denen sich Verwaltung und Gemeinderat immer wieder beschäftigen müssen, und die die Nutzer über Jahre hinweg belasten. Beispiele dafür sind die Sanierung der Kirchheimer Gymnasien oder das bereits erwähnte Technische Zentrum.

Von Seiten der Verwaltung wurde die Sanierung des Kornhauses als eine schon im nächsten Jahr anzugehende neue Maßnahme eingebracht, da die Aussicht auf Zuschüsse besteht. Sollten diese Zuschüsse nicht fließen, beantragen wir eine Zurückstellung der Sanierung des Kornhauses, bis andere Maßnahmen, wie die Sanierung der Gymnasien und des Technischen Zentrums abgeschlossen sind.

Dies ermöglicht es, die Sanierung des Kornhauses auch in ein Gesamtkonzept für die städtischen Gebäude einzubeziehen. Vor dem Hintergrund der zahlreichen offenen Baustellen, halten wir am Grundsatzbeschluss zum Verkauf des Wachthauses fest. Ein Gastronomiebetrieb in städtischem Eigentum ist für das Funktionieren einer Stadt nicht maßgeblich, und das Alte Forstamt ist ein gutes Beispiel, wie ein privater Investor ein Gebäude werthaltig sanieren und betreiben kann. Die in 2019 anstehende Sanierung würde erneut die knappen Kapazitäten in der Verwaltung binden, und wir sollten, wie schon zu Beginn erwähnt, in finanziell guten Zeiten nicht zu Übermut bei Ausgaben neigen.

5.) Maß und Mitte bei Planungen

Bis in die 70er Jahre hinein wurde bei Verkehrsplanungen und Straßenbaumaßnahmen vor allem der motorisierte Individualverkehr in den Mittelpunkt gestellt. Seit rund 20 Jahren geht das Pendel wiederum in die andere Richtung, und es werden vor allem Fußgänger, Radfahrer und der ÖPNV in den Vordergrund der Planungen gerückt. Oftmals gehen diese Planungen zu Lasten des Kfz-Verkehrs.

Viele Umweltschutzziele können nur erreicht werden, wenn die Menschen verstärkt zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV unterwegs sind, und auch eine Entlastung unserer häufig verstopften Straßen kann über eine Veränderung des sogenannten Modal Split erfolgen.

Welches Verkehrsmittel die Menschen nutzen, ist eine individuelle Entscheidung, die wir nicht durch starre Zielvorgaben erreichen können.

Vielmehr sollten wir den Menschen in unserer Stadt ein Angebot in Form attraktiver und sicherer Fuß- und Radwege sowie eines zuverlässigen und günstigen ÖPNV machen.

Fließender Verkehr entlastet und klar definierte Fuß- und Radwege schützen die Verkehrsteilnehmer. Wir sind für die Vermeidung von gefährlichen Konflikten auf öffentlichen Verkehrsflächen. Die Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen, halten wir für falsch. Dies muss sich in einer klugen Planung von Investitionen niederschlagen. Der Fuß- und Radweg Wielandstraße – Kernerstraße, der 2009 eröffnet wurde, ist der bislang letzte reine Fuß- und Radweg, der in unserer Stadt neu gebaut wurde. Dieser positive Ansatz sollte mit dem Bau weiterer Rad- und Fußwege, beispielsweise in der Fortsetzung der Uracher Straße bis zum Ortsausgang Ötlingens, fortgesetzt werden. Für falsch halten wir als CDU: Verengung von Fahrspuren durch Einrichtung von Radfahr-Schutzstreifen, Wegfall von Linksabbiegespuren, Einrichtung von Buskaps auf Hauptverkehrsstraßen, beispielsweise in der Stuttgarter Straße. Erreichen wir Umweltschutzziele, indem wir den Kfz-Verkehr zu ständigen Brems- und Anfahrmanövern zwingen, die

den Verbrauch und den Verschleiß bei Reifen, Bremsen und Kupplungen erhöhen? Dabei ist es nachgewiesen, dass besser fließender Verkehr die Emission von Schadstoffen sowie die Feinstaubbelastung verringern können. Erhöht es die Bereitschaft zum Umstieg aufs Fahrrad, wenn die Menschen die Radwege, die sie gemeinsam mit Kfz nutzen sollen, als nicht sicher ansehen? Wir fordern deshalb eine Verkehrsplanung, die die Belange aller Verkehrsmittel berücksichtigt, ohne bestimmte Verkehrsmittel zu bevorzugen oder zu benachteiligen – Maß und Mitte, keine Extreme!

6.) Bewahrung der Identität unserer Stadt

In den letzten Jahrzehnten gab es zahlreiche Wanderungsbewegungen nach Deutschland, und es sind viele Menschen aus anderen Kulturkreisen auch in unsere Stadt gekommen. Sofern sich die Zuwanderer uneingeschränkt zu unserem Grundgesetz und der daraus abgeleiteten Werteordnung bekennen, führte dies meist zu Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung und zu einem Gelingen von Integration. In den letzten Jahren sind Zuwanderer in unser Land gekommen, die zum Teil aus von Krieg und religiösem Extremismus geprägten Ländern stammen. Integrationsschwierigkeiten sind unübersehbar, und es wurde von der politischen Linken die Forderung aufgestellt, wir müssten mit diesen Menschen unser Zusammenleben täglich neu aushandeln. Die Bestimmungen des Grundgesetzes, unter anderem die Würde des Menschen, die Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz, die freie Meinungsäußerung und Religionsausübung, sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit sind jedoch für uns nicht verhandelbar!

Dennoch hat sich in den letzten Jahren in unserem Zusammenleben einiges verändert: im Freibad wacht nun ein Sicherheitsdienst, beim Haft- und Hofkafeschot prägen Betonbarrieren die Zugänge in unsere Stadt, und bei der Musiknacht erfolgen an den Eingängen Taschenkontrollen. Vor einigen Jahren war dies weder vorstellbar noch notwendig.

Deshalb brauchen wir einen differenzierten Blick auf die Zuwanderung: Schutz für die Menschen, die tatsächlich schutzbedürftig sind. Integration der Menschen, deren Qualifikation auf unserem Arbeitsmarkt benötigt wird. Konsequente Durchsetzung des Rechts in Form von verstärkten Abschiebungen bei denen, die nicht schutzbedürftig sind beziehungsweise die unsere Art zu leben, verachten und bekämpfen. Hier erwarten wir mehr Anstrengungen auch auf kommunaler Ebene!

Bei der Ausübung des Grundrechts auf freie Religionsausübung sollten wir bei manchen Zuwandergruppen genauer hinschauen: Wenn Staaten wie beispielsweise die Türkei über ihre Religionsbehörde Einfluss auf die hier lebenden türkischstämmigen Menschen zu nehmen versuchen,

gehört dies für uns nicht mehr zur Freiheit der Religionsausübung, weil dies die Integration hemmt und politische Konflikte verschärft.

7.) Rahmenbedingungen setzen, Freiräume schaffen

Häufig ist die Rede davon, dass es an bezahlbarem Wohnraum fehle.

Dabei sind jedoch zwei Dinge zu unterscheiden: Wir haben bei Wohnraum eine große Nachfrage, die auf ein geringes bzw. oft nicht vorhandenes Angebot trifft. Dies führt zu hohen Preisen sowohl beim Kauf, beim Bau als auch bei der Vermietung.

Daraus folgt, dass sich viele Menschen, auch solche mit mittlerem Einkommen, eine Wohnung in Kirchheim nicht mehr leisten können.

Die Ursache des als „fehlender bezahlbarer Wohnraum“ beschriebenen Problems liegt also auf der Angebotsseite des Wohnungsmarkts.

Entsprechend sollten die Bedingungen auf der Angebotsseite verbessert werden, indem die Stadt zügig neue Baugebiete ausweist, und sich in ihrem Eigentum befindliche potentielle Wohnbauflächen, beispielsweise auch in der Ötlinger Halde, auf den Markt bringt.

In das Steingauquartier wurden eine Menge an Erwartungen hinsichtlich Städtebau, öffentlicher Infrastruktur, Energieeffizienz und Ökologie sowie sozialer Durchmischung gesetzt. All dies sind an sich richtige Ziele, doch es stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, in einem Wohngebiet all diese Dinge gleichzeitig verfolgen zu wollen. Die Komplexität des Projekts Steingauquartier ist sehr hoch und führt zu hohen Kosten bei Beratungsleistungen und insgesamt zu einem nur langsamen Fortschritt bei der Bebauung.

So sehr wir uns mitfreuen, dass das Steingauquartier ein Modell zur städtebaulichen und sozialen Entwicklung sein mag, das in entsprechenden Fachkreisen anerkannt wird - es stellt kein Muster zur Lösung unseres Angebotsproblems im Wohnbau dar.

Die Stadt Kirchheim wurde nicht auf dem Reißbrett der Planer zu dem, was sie heute ist, sondern sie wuchs durch die Ideen und die Schaffenskraft ihrer Bürger nach und nach zu ihrem heutigen Bild heran.

Bei künftigen Wohnbauprojekten sollte deshalb der Fokus auf dem Setzen von Rahmenbedingungen liegen, und die Verantwortung für die Details der Umsetzung sollte bei den Investoren liegen.

Auch die sogenannte Sozialbauverpflichtung wird unser Angebotsproblem auf dem Wohnungsmarkt nicht lösen: Durch sie wird keine einzige Wohnung mehr gebaut, vielmehr wird eine zusätzliche teure Bürokratie aufgebaut, und es entsteht ein Wohnungsroulette, bei dem nur wenige von den geförderten Wohnungen profitieren, aber viele höheren Preisen gegenüberstehen werden. Zum Angebotsproblem im Wohnbau kommt mit der Sozialbauverpflichtung also auch noch ein Verteilungsproblem hinzu.

8.) Vermögen erhalten und pflegen

Die Sauberkeit unserer Stadt lässt oftmals zu wünschen übrig, an den Straßenrändern wächst kniehoch das Unkraut, und öffentliche Gebäude werden so lange genutzt, bis sie abgenutzt sind und nur eine teure vollständige Sanierung oder ein Neubau in Frage kommen. Wir beantragen deshalb, dass die jährlichen Erhaltungsaufwendungen für die Straßen mindestens der Höhe der Abschreibungen entsprechen. In Kirchheim haben wir 330 Straßen, die über 30 Jahre abgeschrieben werden. Aus dieser Logik heraus müssten wir jedes Jahr durchschnittlich elf Straßen sanieren. Tatsächlich stehen in den nächsten vier Jahren nur zwei Straßen in der Investitionsplanung. Hier droht ein immenser Substanzverlust!

Unsere wirtschaftlichen Grunddaten sind noch gut, aber auch fragil, weil vor allem durch äußere Faktoren beeinflusst. Wir wünschen uns für die anstehenden Haushaltsberatungen und das Ringen um den richtigen Weg, dass wir alle mit Weitblick an einem lebenswerten Kirchheim arbeiten. Wir danken den Mitarbeitern der Stadtverwaltung, den Mitgliedern des Gemeinderats, den zahlreichen Ehrenamtlichen in der Stadt und auch den Sicherheitsbehörden für ihren Anteil, den sie zu einem lebenswerten Kirchheim beitragen.

Für die CDU-Gemeinderatsfraktion: Dr. Thilo Rose

Anträge:

- 1.) Erneuerung des Mobiliars an Kirchheimer Schulen: 250.000,- Euro
- 2.) Bericht: Suffizienz der Schulleiterbudgets für die Einhaltung der Lernmittelfreiheit.
- 3.) Sanierung der Physikräume am Schlossgymnasium und am LUG
- 4.) Priorisierung der Schulen bei der Breitbandversorgung.
- 5.) Einrichtung von Interimsplätzen für U3 und Ü3 in Jesingen.
- 6.) Workshop: Strategische Stadtentwicklung zur Vorbereitung der Überarbeitung des Flächennutzungsplans, um Wohn- und Gewerbeflächen mittel- und langfristig besser planen zu können.
- 7.) „Kombiniertes Planen und Bauen“ bei der Neukonzeption der Verwaltungsgebäude.
- 8.) Vorlage einer Gesamtplanung für die Generalsanierung des Technischen Zentrums und Umsetzung bis Ende 2020.
- 9.) Verfahren zur Erschließung Leiblenbett 2, Roggenackerstraße, Kindergarten Käppele, Ötlinger Halde.
- 10.) Aufhebung von Tempo 30 in der Stuttgarter Straße.
- 11.) Einbau eines lärmindernden Asphaltbelags in der Stuttgarter Straße vom Steingrubenweg bis zur Einmündung „Am Wasen“.
- 12.) Neugestaltung des Postplatzes: Finanzierung aus den zu erwartenden Verkaufserlösen und den ersparten Sanierungskosten für das Wachthaus.
- 13.) Reinvestition der Abschreibungen in die Erhaltung der Stadtstraßen.
- 14.) Verbesserung der Lüftungsanlage in der Tiefgarage Krautmarkt
- 15.) Neue Gewerbegebiete mitarbeiterfreundlicher planen und vorhandene überarbeiten (Parkierung, Erholungsflächen usw.).
- 16.) Bericht: Wirtschaftlichkeitsberechnung Steingauquartier: Soll-Ist-Vergleich auf Grundlage der Berechnungen von Prof. Dr. Ruther-Mehlis.
- 17.) Bericht: Verwendung des Gebäude- und Straßen-Instandhaltungsbudgets.
- 18.) Die Verwaltung preist schon bei Einbringung des Haushaltes sämtliche ihrer Anträge in den Haushalt ein (z.B. Stellenplan).
- 19.) Institutionalisierung der Beantragung von Fördermitteln.